

## Alternative Rohstoffpartnerschaften

Deutschland ist mitten drin im Wettlauf um knappe Ressourcen. Die aktuelle deutsche Rohstoffstrategie zielt fast ausschließlich darauf ab, die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie zu sichern. Ein wichtiges Instrument hierbei sind Abkommen über bilaterale Rohstoffpartnerschaften. Entsprechende Verträge wurden von der Bundesregierung bereits mit der Mongolei (2011) und Kasachstan (2012) abgeschlossen. Mit Chile, dem weltweit größten Kupferexporteur, wurde Anfang des Jahres 2013 eine Absichtserklärung über eine Zusammenarbeit im Bereich Bergbau und mineralische Rohstoffe unterzeichnet. In Kürze soll eine Rohstoffpartnerschaft mit Peru folgen. Dabei ist die Bezeichnung „Partnerschaft“ irreführend. Während deutsche Unternehmen mit ihren



Investitions- und Importinteressen politisch, institutionell und auch finanziell aktiv unterstützt werden, stehen die Interessen der Partnerländer und betroffener Bevölkerungsgruppen auf einem anderen Blatt. Entwicklungspolitische Komponenten sowie sozial-ökologische Aspekte, die der Bevölkerung im Abbau Land zu Gute kämen, werden zwar erwähnt, aber nicht verbindlich und wirksam in den Abkommen verankert. So wird zum Beispiel nicht garantiert, dass die betroffene Zivilbevölkerung im Partnerland klare Mitspracherechte bei Projekten im Rohstoffsektor hat. Auch gibt es keinerlei Pflichten für die Rohstoffunternehmen, damit diese z.B. einen Teil der Gewinne aus dem Rohstoffabbau in den Abbauregionen investieren. Entwicklungs- und Umweltsachen wurden also bisher nicht als gleichberechtigte oder gar vorrangige Anliegen der Rohstoffpartnerschaften anerkannt.

### Es geht auch anders

Reformansätze für eine gerechtere und zukunftsfähigere Gestaltung der Rohstoffpartnerschaften zeigt eine Studie von Prof. Dr. Markus Krajewski von der Universität Erlangen-Nürnberg auf. Er hat einen Mustertext für ein Alternatives Rohstoffabkommen der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Der Text zielt auf „ökologisch vertretbare, entwicklungspolitisch sinnvolle, sozial gerechte und menschenrechtlich sowie rechtsstaatlich begründete Rohstoffpartnerschaften“ ab. Der Vorschlag ist nicht als Gegenentwurf zu durchaus wünschenswerten europäischen oder multilateralen Verträgen gemeint. Er will vielmehr angesichts der deutschen Aktivitäten zum Nachdenken über Alternativen in der Rohstoffpolitik anregen. Der Abkommensentwurf orientiert sich an fünf zentralen Zielen:

- Transparenz
- nachhaltige Entwicklung
- ökologische Rohstoffbewirtschaftung
- Unternehmensverantwortung
- Beteiligung der Zivilgesellschaft und der lokalen Bevölkerung.

**Transparenz:** Auf europäischer Ebene konnte in diesem Bereich vor kurzem ein großer Erfolg verzeichnet werden. Im April 2013 einigte sich die EU auf neue Rechnungslegungs- und Transparenzrichtlinien. Große europäische Unternehmen der Erdöl-, Erdgas-, Bergbau- und Forstindustrie sowie alle Nicht-EU Konzerne dieser Branchen, die an europäischen Börsen gelistet sind, werden dazu verpflichtet, Zahlungen über 100.000€ aufgeschlüsselt nach Land und Projekt offenzulegen. Mit diesem wichtigen Schritt folgt die EU dem Beispiel der USA, die bereits 2010 verbindliche Transparenzregeln im sogenannten Dodd-Frank-Act beschlossen hatten.

Die Offenlegungspflicht in Europa tritt voraussichtlich mit Beginn des Jahres 2015 in Kraft. Bis dahin sind Zahlungen von Rohstoffkonzernen an Regierungen und öffentliche Institutionen hauptsächlich durch die *Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)* geregelt; jedoch nur auf freiwilliger Basis. Daher wäre es von großer Bedeutung, in den deutschen Rohstoffpartnerschaften weitreichende Transparenzstandards festzulegen.



Verbindliche Transparenzregeln können der Zivilbevölkerung im Partnerland helfen und tragen zur Korruptionsbekämpfung bei. Die Bevölkerung wird mit Hilfe dieser Mechanismen in die Lage versetzt, Druck auf ihre Regierung und die Rohstoffunternehmen auszuüben, wenn Gewinne aus dem Rohstoffsektor nicht nachvollziehbar und im öffentlichen Interesse investiert werden.

**Nachhaltige Entwicklung:** Um dieses Ziel zu realisieren, existiert eine Bandbreite an Maßnahmen, die in alternativen Abkommen stärker gefördert werden sollten. Im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit muss eine möglichst **umweltverträgliche Rohstoffbewirtschaftung** im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stehen. Dies kann z.B. durch die Förderung von Projekten im Bereich Recycling und Kreislaufwirtschaft erfolgen. Im Sinne einer sozialen Nachhaltigkeit muss z.B. garantiert werden, dass die Gewinne aus Bergbauaktivitäten den Betroffenen zu Gute kommen und gerecht im Land verteilt werden. Dazu bedarf es der möglichst demokratischen und transparenten Beteiligung **der Zivilgesellschaft und der lokalen Bevölkerung**.

Weiterhin darf der Transfer von Wissen und Technologie nicht nur ein rhetorisches Versprechen bleiben, sondern muss verpflichtend gestaltet werden. Die Partnerländer sollen Anteil haben können am technischen Wissen und neuen Technologien. Nur so können rohstoffreiche Partnerländer in ihrem Bestreben unterstützt werden, die weitere Wertschöpfung ihrer Rohstoffe im eigenen Land voranzutreiben und sich von der Rolle des reinen Rohstoffexporteurs zu lösen. Gegenüber dem Anliegen der Förderung jeweils einheimischer Industrien darf Deutschland daher auch nicht auf dem Abbau von Handelsschranken und Exportzöllen bestehen.

Das letzte Element einer alternativen Rohstoffpartnerschaft umfasst eine größere Unternehmensverantwortung. Diese sollte verpflichtend gestaltet werden, indem z.B. die öffentliche Förderung von Rohstoffprojekten von der überprüfbaren Einhaltung klarer Grundsätze der **Unternehmensverantwortung** abhängig gemacht wird.

## **Nicht auf andere warten – mit fairer Rohstoffpolitik anfangen!**

Mit der Umsetzung solcher und weiterer Reformen könnte Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen, denn bislang fehlt der Rohstoffpolitik auf EU- und internationaler Ebene eine klare ökologische und entwicklungspolitische Orientierung. Die EU-Rohstoffstrategie verfolgt – wie die bisherige deutsche Politik – das Hauptziel, europäischen Unternehmen uneingeschränkten Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt zu garantieren. Die aktuelle Dynamik der EU-Handels- und Investitionspolitik spricht für sich: die Anzahl der kürz-

lich abgeschlossenen und geplanten Freihandels-(FTA) und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) ist enorm. In diesen Abkommen wird immer mehr ‚Freihandel mit Rohstoffen‘, aber leider nichts zu sozialen und ökologischen Rechten im Rohstoffsektor geregelt.

Vor diesem Hintergrund stellt der Alternativvorschlag von Professor Krajewski einen sehr guten Anknüpfungspunkt für entwicklungspolitische Akteure dar, um ein rohstoffpolitisches Umdenken in Deutschland zu befördern.

### **Literatur:**

Prof. Dr. Krajewski, Markus: **Entwurf eines Alternativen Rohstoffabkommens der Bundesrepublik Deutschland – Muster-text mit Erläuterungen**, 2012, <http://bit.ly/SXMG8x>

**Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie – Vorläufige Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung**, 2011 <http://bit.ly/1eGeABi>

### **Herausgeber:**



### **Impressum**

Berlin, 2013  
Autorin: Nora Rohde  
Layout: Marcel Zienert

Redaktion/Kontakt:  
Peter Fuchs

Peter.Fuchs@power-shift.de  
<http://power-shift.de>

Mit freundlicher  
Unterstützung von:

